



Gesetze in die Schule Jugendliche mischen sich ein

Kerpen, 23.6.2015 - Erstmals haben sich in Deutschland Schülerinnen und Schüler mit einem laufenden Gesetzesvorhaben des Landtages beschäftigt, um sich in das reale politische Geschehen einzumischen. "Wir haben uns in den letzten Jahren für Kinder eingesetzt, die auf Tabakplantagen schufteten oder die Fußbälle nähen müssen. Jetzt haben wir uns gedacht, dass wir uns mal für uns selbst einsetzen wollen", sagt selbstbewusst die 15jährige Oumaima und spricht für alle Mitschüler der Klasse 9c der Realschule Kerpen. Sie kennen an ihrer Schule einige Mitschüler, die in irgendeiner Weise mit einer Behinderung leben. Da war es doch spannend sich einzumischen, wenn NRW-Sozialminister Guntram Schneider ein Gesetz in den Landtag mit dem Ziel einbringt „die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen und die Beseitigung von Barrieren, die sie daran hindern“ zu erreichen.

Und am Dienstag, 23.6.2015, ist es endlich soweit. Die Landespolitiker des Rhein-Erft-Kreises Rita Klöpfer von der CDU, Brigitte Dmoch-Schweren von der SPD und Yvonne Gebauer von der FDP (stellvertretend für den verhinderten Ralph Bombis) zeigen sich hochofrenet, mit welchem Engagement hier junge Menschen praktische Politik betreiben.

Haben die Politiker im Landtag schon darüber nachgedacht, wie es jungen Behinderten bei der Freizeitgestaltung geht? Da ist ein Schüler in der 5. Klasse, der deutlich gemacht hat, dass es für ihn unmöglich ist, ohne Dolmetscher auf einer Geburtstagsparty die für ihn so wichtigen Gespräche zu verfolgen. Abgehängt! Da berichten die Jugendlichen von einem behinderten Jungen, der so gern in eine Disco gehen würde. Wie aber soll er ohne Inklusionshelfer Kontakte aufnehmen? Abgehängt. Den anwesenden Abgeordneten wurde die Dringlichkeit dieser Wünsche schnell klar. Es war schön zu beobachten, dass alle drei Abgeordneten sich eifrig Notizen machten. Das würden sie in die wenige Stunden später stattfindenden Fraktionssitzungen einbringen.

"Das Inklusionsstärkungsgesetz soll behinderten Menschen", so zitiert Aslihan, "die Chance geben, ihr Leben selbstbewusst und selbständig führen zu können". Da haben aber speziell Menschen mit geistigen Behinderungen bei wichtigen Behördenangelegenheiten große Schwierigkeiten, wie Merveille zu berichten wusste. Die Unverständlichkeit der verwendeten Sprache wäre ja auch für Jugendliche und für Migranten ein großes Problem. Das "Beamtendeutsch" sei, so gab Brigitte Dmoch-Schweren den Jugendlichen recht, schon sehr schwer zu verstehen. Das rühre aber daher, dass es juristisch abgesichert sein müsste. Aber trotzdem könne da bestimmt mehr getan werden. Rita Klöpfer verwies darauf, dass die Klasse 9c bei ihrem letzten Besuch bei der Landtagspräsidentin Carina Gödecke, die übrigens die Schirmherrschaft für das innovative Projekt übernommen hat, um Mithilfe gebeten wurde. Der Versuch, Publikationen von den Schülern gegenlesen zu lassen auf ihre Verständlichkeit geht tatsächlich in die richtige Richtung.

Klasse 9c
Lehrerin Bettina Henke
Städt. Realschule Kerpen
Bruchhöhe 27
50180 Kerpen

Kontakt:

Aktion Weißes Friedensband e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Tel. 0211-9945137
Fax 0211-9945138
www.friedensband.de

Ansprechpartner

Günter Haverkamp
haverkamp@friedensband.de

Alle Schüler konnten Beobachtungen beisteuern, wie die Situation von Menschen mit körperlichen Einschränkungen in Bus und Bahn ist. "Es ist schlimm zu sehen, wie ein Rollstuhlfahrer nicht in den Bus kommt, weil die möglichen Hilfen nicht oder unzureichend genutzt werden oder bauliche Maßnahmen das erschweren", meint Oumaima. Das neue Gesetz müsse die Städte und Kreise verpflichten, Aufzüge und Rolltreppen besser zu warten, den Bau von Rampen und Blindenampeln unverzüglich umzusetzen und mehr Sitzmöglichkeiten für körperlich eingeschränkte Personen in Bussen und Bahnen zu ermöglichen. Zwar verwiesen die Abgeordneten hier auf die Zuständigkeit der Städte und Kreise, notierten sich aber doch, dass hier vielleicht auf mehr Eindeutigkeit geachtet werden muss.

Die Schüler haben den Abgeordneten einiges mit auf den Weg gegeben. Vor allem, dass es nicht reicht, es bei "Kann"-Bestimmungen zu belassen. Es reiche ihnen nicht, wenn gesagt würde, dass es schwer sei, Gebärdendolmetscher oder Inklusionsbegleiter zu finden. Hier müssen Rechtsansprüche entstehen, weil es sonst an notwendigem Druck fehle, die teuren Maßnahmen umzusetzen.

Mit diesem Projekt, das von Aktion Weißes Friedensband begleitet wird, ist viel in Bewegung in Politik und Schule geraten. Bei den Jugendlichen hat das Hineinversetzen in Menschen mit Behinderung eine völlig neue Denkweise bewirkt. Die Politiker sind erstaunt, dass Jugendliche einer Realschule diese Reife und Zielgenauigkeit entwickeln, sich mit einem hochkomplexen Bereich unserer Gesellschaft zu beschäftigen und ihre ureigenen Kritikpunkte zu finden, die hoffentlich dem Gesetzesvorhaben gut tun. Und der Politikunterricht von Bettina Henke hat gezeigt, dass Landespolitik zum Greifen nahe in den Unterricht gebracht werden kann und den Jugendlichen ein unverkrampfter Umgang mit den Politikern möglich ist.

Weitere Informationen über das Projekt „Politik in Aktion – Gesetze in die Schule“ finden Sie auf unserer Webseite www.friedensband.de

Wir möchten Sie bitten über das Projekt zu berichten. Gern dürfen Sie den Text der Pressemitteilung für Ihren Artikel verwenden.

Für Interviews und weitere Nachfragen steht Ihnen zur Verfügung

Günter Haverkamp, Geschäftsführer
Tel. 0211-9945137, Mobil 0171-8379230
haverkamp@friedensband.de

Die Klasse der Städtischen Realschule Kerpen erklärte sich im November 2011 zu einer Aktivgruppe, weil sie zusammen mit ihrer Lehrerin an den Aktionen von Aktion Weißes Friedensband teilnehmen und eigene Aktionen für Kinderrechte entwickeln wollte.

1. Die Jugendlichen beschäftigten sich mit den fußballnahen Kindern in Pakistan. In einem intensiven Briefwechsel mit Adidas, Puma und Nike forderten sie einen Sinneswandel und luden die Konzerne zu einer Pressekonferenz ein. Sie erreichten ein starkes Medienecho.

2. Die Aktivgruppe entdeckte, dass Kinder auf Tabakfeldern unter schlimmsten gesundheitlichen Umständen arbeiten und entwickelten mit uns in der Aktion "Nikotinkinder" eine Petition im Internet, die sogar Anfragen des österreichischen Außenministeriums bewirkte.

3. Die Jugendlichen konnten sich im Landtag von Nordrhein-Westfalen im Rahmen der internationalen „Aktion Rote Hand“ von FRIEDENSBAND für Kindersoldaten einsetzen. Sie machten deutlich, dass der Missbrauch von Kindern in Kriegen viel stärker bekämpft werden muss.

4. Die Aktivgruppe beteiligte sich am Ideenwettbewerb von FRIEDENSBAND zum deutsch-französischen Schulprojekt zur Europawahl 2014 und konnte den 1. Preis erringen. Damit verbunden entstand das Projekt "Politik in Aktion – Gesetze in die Schule", das zu einem häufigen Besuch im Landtag und schließlich zur Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin Carina Gödecke für dieses innovative Projekt führte. Erstmals können damit Jugendliche mit ihren Forderungen den Gesetzgebungsprozess begleiten und in der Politik mehr Gehör finden. Mit einem eigenen Anhörungsverfahren holten sich die Jugendlichen den Sachverstand in die Klasse und beauftragten die PolitikerInnen, ihre Vorstellungen ins neue Gesetz einzubringen..

Die Mitglieder der Aktivgruppe PEACE MAKERS haben sich verdient gemacht im Einsatz für andere Menschen. Sie haben bewiesen, dass sie im Umgang miteinander und mit anderen sensibel sind.